

... auf den Punkt gebracht

## „Öffentliche Bauinvestitionen“

Stand: 21.07.2020

**Bund, Länder und Gemeinden** sind für die Unternehmen des Bauhauptgewerbes wichtige Auftraggeber. Im langfristigen Durchschnitt entfallen 30 % des Branchenumsatzes auf den Öffentlichen Bau. Nach dem starken Wachstum zu Beginn der 1990-er Jahre (vor allem in den neuen Bundesländern) gingen die staatlichen Ausgaben für Baumaßnahmen stetig zurück. Die öffentliche Bautätigkeit erreichte - nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme - im Jahr 2013 ihren zwischenzeitlichen Tiefpunkt. Seitdem gab es bis 2019 einen Anstieg um 42 % (Bund 27 %, Länder 47 %, Gemeinden 47 %), der sogar etwas höher ausfiel als die Zunahme der Steuereinnahmen (30 %). Dieser Anstieg wird aber seit 2017 durch stärker steigende Baupreise etwas entwertet.

Öffentliche Bauinvestitionen in Mrd. Euro zu jeweiligen Preisen										
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Bund	7,4	8,0	7,9	8,1	8,0	7,3	8,1	9,7	10,0	10,2
Länder	6,7	7,9	7,3	6,9	7,6	8,8	9,3	9,3	8,8	10,1
Gemeinden	19,5	18,9	17,4	18,2	18,3	18,4	19,1	19,5	23,3	26,8
<b>Gesamt</b>	<b>33,6</b>	<b>34,8</b>	<b>32,6</b>	<b>33,2</b>	<b>33,9</b>	<b>34,6</b>	<b>36,5</b>	<b>38,5</b>	<b>42,2</b>	<b>47,1</b>

### Bund

Die Bauinvestitionen des Bundes betreffen vor allem den Verkehrsbereich. Maßgeblich ist die Investitionslinie Verkehr (allerdings werden die Investitionen der DB AG, in die die Zuschüsse des Bundes fließen, im Wirtschaftsbau verbucht). Im Bundeshaushalt 2020 sind wegen der Corona-Krise die Verkehrswegeinvestitionen um 680 Mio. Euro aufgestockt worden. In der mittelfristigen Finanzplanung ist bis 2023 ein weiteres Wachstum vorgesehen.

<b>Investitionslinie Verkehr in Mio. Euro</b>								
	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>
Bundesfernstraßen	6.046	6.787	7.711	7.905	8.522	8.373	8.704	8.792
Eisenbahnen des Bundes	5.203	5.727	6.383	6.282	6.624	6.770	7.258	7.418
Bundeswasserstraßen	791	730	771	1.024	845	849	843	845
Kombinierter Verkehr	61	79	61	77	127	137	126	125
<b>Gesamt</b>	<b>12.101</b>	<b>13.323</b>	<b>14.926</b>	<b>15.292</b>	<b>16.118</b>	<b>16.129</b>	<b>16.931</b>	<b>17.180</b>

## Länder

Die Informationen zu den Haushaltsplanungen der Länder sind dünn, seit etliche Länder den Straßenbau (der einen erheblichen Anteil an den gesamten Ausgaben für Baumaßnahmen hat) aus den Haushalten in Eigenbetriebe ausgelagert haben. Angesichts der – bis 2019 – guten Haushaltslage hatten einige Bundesländer ambitionierte Investitionsprogramme vorgesehen. Ob diese vor dem Hintergrund der Corona-Krise und wegbrechender Steuereinnahmen tatsächlich realisiert werden bleibt abzuwarten.

## Gemeinden

Bei den Städten und Gemeinden begann der starke Anstieg bei den Bauausgaben erst 2018, fiel in diesem Jahr mit 14 % dann aber sehr deutlich aus. Dabei dürfte sich auch der Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes positiv bemerkbar gemacht haben.

In der Prognose (Oktober 2019) des Deutschen Städtetages wurden auch für 2019 und 2020 zweistellige Zuwachsraten erwartet, die sich danach leicht abflachen sollen. Insgesamt sollen die Ausgaben für Baumaßnahmen zwischen 2018 und 2022 um 46 % zulegen.

<b>Ausgaben der Kommunen für Baumaßnahmen in Mrd. Euro zu jeweiligen Preisen</b>												
2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
18,6	17,6	15,3	16,7	16,9	16,2	17,6	18,2	20,8	23,9	26,5	28,6	30,4

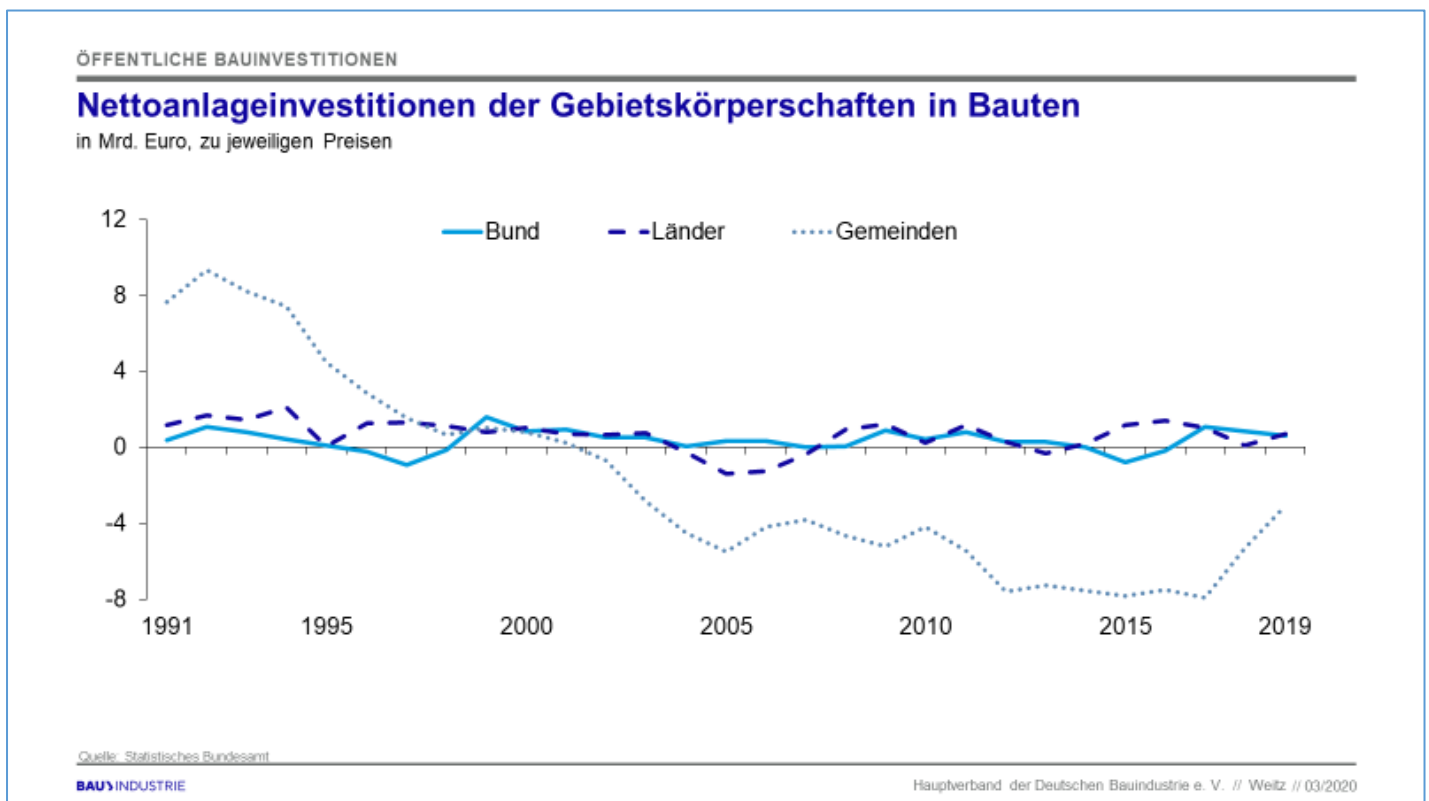
Angesichts der Corona-Krise haben Bund und Länder zugesagt, 2020 die Ausfälle bei der Gewerbesteuer komplett auszugleichen, der Bund entlastet die Städte und Gemeinden zusätzlich im Sozialbereich. Ob dies ausreicht, die kommunalen Bauausgaben im laufenden Jahr zumindest zu stabilisieren bleibt fraglich.

## Nettoanlageinvestitionen

So positiv der bisherige Anstieg – gerade der kommunalen – Bauinvestitionen auch ist, bei genauer Betrachtung muss die Entwicklung allerdings relativiert werden. Das Statistische Bundesamt ermittelt jährlich auch die Nettoanlageinvestitionen des Staates in Bauten, wobei die (kalkulatorischen) Abschreibungen von den Bruttoinvestitionen abgezogen werden. Ein negativer Wert signalisiert dann einen Werteverzehr der Infrastruktur.

Seit 1991 lagen die addierten Nettoanlageinvestitionen des Bundes in Bauten bei 11 Mrd. Euro. Etwas positiver sieht es bei den Ländern aus, die Nettoanlageinvestitionen summierten sich in den vergangenen 29 Jahren auf 19 Mrd. Euro.

Ganz anders die kommunale Ebene: Von 1991 bis 2001 gab es positive Nettoanlageinvestitionen von 44 Mrd. Euro, hervorgerufen vor allem durch die hohen Investitionen in den ostdeutschen Kommunen. Seitdem addierten sich allerdings die negativen Investitionen auf 94 Mrd. Euro. Die kommunale Infrastruktur wurde sozusagen „auf Verschleiß“ betrieben. Der vom Deutschen Institut für Urbanistik berechnete Investitionsstau der Städte und Gemeinden lag denn auch 2019 bei 137 Mrd. Euro und damit um 9 Mrd. Euro höher als ein Jahr zuvor.



Trotz der seit Jahren steigenden Steuereinnahmen sind viele hochverschuldete Städte nicht in der Lage, die notwendigen Investitionen in die kommunale Infrastruktur zu finanzieren. Die Bertelsmann-Stiftung kommt in ihrem Kommunalen Finanzreport 2019 zu dem Schluss, dass sich die ökonomischen und finanziellen Differenzen zwischen armen und reichen Kommunen in Zukunft wahrscheinlich weiter verschärfen werden.

Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ des Bundes hat daher im Juli 2019 in ihrem Abschlussbericht eine (Teil-)Entschuldung besonders betroffener Kommunen angeregt. Vorbild könnte dabei das Bundesland Hessen sein. Hessen hat 2018 rund 4,9 Mrd. Euro an kommunalen Kassenkrediten in den „Hessenfonds“ - ein Sondervermögen des Landes - transferiert und die Kommunen somit deutlich entschuldet.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat diese Idee zum Jahresende 2019 aufgegriffen. Er schlug vor, 2.500 der insgesamt 11.000 Kommunen von ihren Schulden zu entlasten. Es gehe dabei um diejenigen Städte und Gemeinden, die von so hohen Schulden belastet würden, dass sie kaum noch handeln könnten. Er möchte damit so etwas wie „eine Stunde Null“ ermöglichen. Damit würde vor allem die Investitionsfähigkeit der betroffenen Kommunen deutlich gestärkt.

